

Saale-Beitung.

Zweiländersitziger Inbegrang.

Angelien... Reichentums... Reichentums...

Nr. 545.

Halle a. S., Freitag, den 20. November

1908.

Rede des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow.

Deutscher Reichstag.

163. Sitzung vom Donnerstag, 19. November.

Das Haus und die Tribünen sind fast besetzt. Am 19. des Bundesrats: Fürst Bülow, Sydow, Rheinbaben, Tweste, Loebell, Kühn, von Bethmann-Hollweg, Dernburg, Tirpitz.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Die erste Lesung der Reichsfinanzreform.

Reichskanzler Fürst Bülow:

Meine Herren! Wir stehen heute vor einem schwierigen Problem. Die erste und wichtigste Frage, die uns heute beschäftigt, ist diese: Wird es gelingen, das Reich auf eine dauernde feste und dauernd gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen? Oder wird das Reich bleiben müssen ein Kostgänger, ein überaus lästiger Kostgänger der Einzelstaaten? Wird es auch fernerhin leben müssen von den Lagen der zukünftigen Deutschen, wird der Kurs unserer Anleihen weiter sinken, wird es bleiben bei der bisherigen Schuldenwirtschaft zur Sorge jedes Patrioten und zur Schadenfreude des Auslandes? Meine Herren! Es ist der Größe des Wertes, das vor uns steht, das die deutsche Volk und seinen Führer mit der Gründung des Reiches geschaffen haben, einen Eintrag, wenn ich sage: Das Werk ist damals zwar begonnen, es ist aber, wenn gleich das Schwerste geschehen ist, nicht zugleich vollendet worden. Die Gründung des Reiches war nicht der Bau eines Hauses, das, bis ins kleinste eingedrückt, die Erben nur zu bewohnen brauchten; das konnte es gar nicht sein, denn staatliche Organisationen pflegen nicht über Nacht zu entstehen, staatliche Organisationen sind das Werk von Jahrhunderten. Die Gründung des Reiches war die Grundsteinlegung, der Entwurf von Grundriß und Plan, an dem Hause aber bauen wir heute noch. Als mit der Verfallung der feste Grundriß für den Bau des neuen Hauses gefunden war, galt es, der Arbeit, die nun kommen sollte, die ungehörte Ruhe zu sichern. Deshalb waren im neuen Reich die militärischen und die auswärtigen Fragen zunächst das Wichtigste; das Gemeinwohl und mehr noch die Zukunft und Hoffnung, die es in sich barg, sollten nicht wieder gefährdet werden.

Uns gegenüber stand ein großes Volk, von letzterer Ehrlichkeit, voll Kraft und Stolz, das sich von den Rückschlägen des Krieges erkannte reich erholt. So konnte das junge Reich seine Wäde nicht von Frankreich werden. Unsere Verfassung mußte ausgebaut, die Gefahr eines neuen Krieges durch militärische Rüstungen gebannt werden. Als dann nach dem Berliner Kongreß die Gefahr eines Krieges mit mehreren Fronten erlosch, lösch Deutschland Bündnisse, um seine Stellung und die Möglichkeit friedlicher Weiterentwicklung gegen jede Eventualität zu sichern. Im Innern galt es, den von Fürst Bismarck genial entworfenen und begonnenen Bau auszuführen. Da war für die

Sicherung einer stetigen wirtschaftlichen Politik

zu sorgen, da waren die Grundzüge der Zoll- und Handelsverträge festzulegen, da war das Tragerecht für unsere wirtschaftliche Politik aufzuführen. In Verbindung damit mußte die soziale Reform begonnen werden, und da wir Deutsche, wenn wir etwas anfangen, gründliche Arbeit zu leisten pflegen (sagen bei den Sozialdemokraten), so haben wir ein Werk sozialer Fürsorge geschaffen, rascher und gründlicher als alle anderen, auch die älteren Völker. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.) Ebenso Großes und Neues mußte auf dem Gebiete der Rechtspflege geschehen. Das einige Deutsche Reich sollte ein einheitliches deutsches Recht erhalten.

Meine Herren! Wir sind trotz unserer alten Geschichte, wennstens in Mitteleuropa, das jüngste unter den großen Völkern. Wir sind spät, sehr spät auf dem Kampfbahnen erschienen. Als wir erschienen, tat das Eine not: Die Entwicklung mußte eine rasche sein. Sie war eine rasche und stellte eine neue und große Aufgabe nach der anderen an die deutschen Regierungen und an den deutschen Reichstag. Kampf hatten wir unsere Stellung durch Rüstungen und Bündnisse gesichert, kaum hatten wir begonnen, unter Wirtschaftslieben durch Handelsverträge und Zollpolitik zu kräftigen, als auch schon

unser eigener wirtschaftlicher Aufschwung.

unter Fortschritt im Handel, Industrie und Schifffahrt uns amann, Kolonien jenseits der Meere zu suchen, unseren jungen Weltbambel auch politisch zu sichern, mit den Traditionen einer kontinentalen reinen europäischen Politik zu brechen und Weltbambel zu treiben.

Dieser Hebergang stellte uns vor eine neue dringende und wichtige Aufgabe: Das neue Reich bedurfte einer Flotte, stark genug, um seine Küsten, seine überseeischen Interessen und seine Handelsbeziehungen zu sichern. Wir haben diese Flotte bauen müssen, und wir haben sie schnell bauen müssen, weil eine schnelle Entwicklung uns dazu nötigte. So folgten sich die größten Aufgaben in schneller Reihe, so schnell, wie jede neue Phase einer beispiellos raschen Entwicklung immer Neuere fördert. Kein unparteiisches Urteil wird und kann den Verbündeten Regierungen, kann dieselben hohen Preise den Vorwurf machen, daß sie die Sprache der Zeit nicht verstanden und den Schritt

der Entwicklung nicht gefördert hätten. Gewiß bleibt noch manches zu tun übrig, aber es ist viel getan. Auch nach meiner Ansicht läßt sich manches Stodwert noch wohlthäter einbringen. Aber das Haus ist heute so gebaut, auch für ein Volk, das heute um die Hälfte aufsteiger ist als zu der Zeit, da der Bau begonnen wurde.

Meine Herren! Aber diese Entwicklung in ihrer Gesamtheit überstaut, der wird verstehen, daß eine Seite immer wieder übersehen, vertagt und mit leuchtender Sand behandelt wurde, als wir sie heute behandeln würden. Ich meine, die finanzielle Seite. Wir haben immer den Gedanken vor Augen gehabt, daß das Haus gebaut, rasch und gut gebaut werden müsse, und haben die finanzielle Frage als Frage zweiter Ordnung behandelt. Erst erschienen die Milliarden der Kriegsentwöhnung und machten uns sorglos, dann hat der

ungeheure wirtschaftliche Aufschwung.

das Vertrauen in die enorme wirtschaftliche Entwicklung diese Sorglosigkeit vielleicht noch gesteigert. Wir glühen dem Jüngling in Schillers schönem Gesicht (Seiterteil links), der von feiner Sorge gezeigelt, vorwärts stürmt und die kommenden Sorgen frohgemut der Zukunft überläßt, sich und seiner Kraft auch für später vertrauens. Das waren die psychologischen Ursachen. Andere Ursachen lagen in der Logik der Dinge und der Eigenart unserer Entwicklung. Ihre Notwendigkeiten folgten einander so schnell, daß niemand, in seinem Augenblicke, in seiner Waise, berechnen konnte, was das Reich nach 5 Jahren brauchen würde. So war eine einmalige gründliche dauernde Reform der Finanzen nicht möglich. Man hatte reformiert und binnen kurzem erwies sich die Reform als unzulänglich. Eine schaffende, vorwärtsstrebende Zeit mag sorglos und vertrauensvoll alle Lasten auf die Schultern der Zukunft diese Schultern sind unsere Schultern, und wir stehen jetzt vor der schwierigen Aufgabe,

diese Sorglosigkeit der Vergangenheit

und dies Vertrauen zu restifizieren. Meine Herren! Importmülling sind im allgemeinen nicht beliebt. (Sehr richtig!) Auch das Deutsche Reich, das Mitteilglied in der europäischen Staatengemeinschaft, hat seit seinem Bestehen in der Welt als unzulänglich eitung eingestuft. Die nach Bismarcksche Zeit mag Fehler begangen haben, sie hat Fehler begangen, aber die Gegnerschaften gegen das Reich beruhen im letzten Ende doch auf elementaren Ursachen. Auch Fürst Bismarck hat es nicht verhindern können, daß der Revanchegedanke in Frankreich nicht erloschen ist, und daß in Russland nach dem Türkenkriege deutschfeindliche Strömungen sich geltend machten. Und es ist schließlich so verwunderlich, daß unsere aus dem Wachstum unserer Bevölkerung und unserer Produktionskräfte hervorwachende wirtschaftliche Expansion die einst freundlichen Gefühle des englischen Volkes wenigstens bei einem Teile des englischen Volkes in Mißtrauen verwandelt oder doch mit gewissen Besorgnissen erfüllt hat? Nun, meine Herren, ich halte diese Gegnerschaften nicht für unüberwindlich; manche wird die Zeit heilen oder mildern;

ich sehe keine nahe Kriegsgefahr.

Was wir brauchen, ist Kaltblütigkeit, Furchtlosigkeit, Steigtigkeit (sehr. Zurufe: Sehr richtig!), Ruhe nach außen und im Innern. (Lebhafte Beifall.) Wir schmeiß das Bild Dürers vor von dem Reiter, der in voller Rüstung neben Tod und Teufel ruhig und kaltblütig das Tal entlang reitet, und ich stelle neben dieses Bild ein anderes; es erschien in vergangenen Frühjahr in einer französischen Zeitung. Es stellte einen deutschen Kürassier dar, mit Faltschirm und Helm, aber mit abgerissener Uniform, der einem vornehm mit abweichender Geste vorübergehenden Fremden bettelnd die Hand entgegenstreckte, ein Bild, wie sich unsere finanzielle Lage und damit unsere Wehrfähigkeit, unsere Verteidigungsfähigkeit weiten Kreisen des Auslandes darstellt. Hier liegt eine Gefahr, eine wirkliche, eine große Gefahr, und diese Gefahr zu überwinden, hängt ganz allein von uns ab. Ich brauche Ihnen die gegenwärtige Lage kaum zu schildern. Sie kennen sie alle. Es handelt sich nicht wie in früheren Jahren darum, ein paar neue Steuern zu bekommen, sondern wir wollen und müssen ganze Arbeit machen. Wir hatten 1873 139 Millionen, 1888 854 Millionen und 1908 4400 Millionen Mark Schulden; mehr als eine Milliarde kostet wieder für das nächste Jahr in Aussicht. England, das mit Beginn des Schuldensall von etwa 20 Milliarden Mark hatte, hat im Laufe des vorigen Jahrhunderts nicht weniger als fünf Milliarden Mark abgetragen und erst aus Anlaß des Burenkrieges die Schuldenlast wieder um rund 3 Milliarden vermehrt; aber an der Tilgung dieser neuen Belastung hat England unangeseht gearbeitet. Der frühere englische Finanzminister, jetzige Premierminister Asquith, konnte deshalb bei Einbringung des Etats für 1908

mit Stolz, mit sehr berechtigtem Stolz darauf hinweisen, daß die englische Staatsschuld am 31. März 1908 bereits 10 Millionen Mark weniger betragen werde als am 31. März 1899 vor dem Ausbruch des Burenkrieges. (Hört! Hört!) Frankreich hat von 1881 bis 1901 jede öffentliche Anleihe vermieden (hört! hört!) trotz der enormen Aufwendungen für Arme und Marine. Der französische Finanzminister hat bei der Verprechung der Wirtschaftslage Frankreichs besonders hervorgehoben, daß die Staatsschuld Frankreichs seit dem Jahre 1890 trotz der übermäßigen Ausgaben abgenommen habe. In Deutschland haben das Reich, die Einzelstaaten, die Städte und Kommunalverbände den Geldmarkt durch ihre Anleihen in beispielloser Weise in Anspruch genommen.

Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes ist durch Stadt-, Staats- und Reichsanleihen erschöpft und der Stand unserer Anleihen dauernd herabgesetzt worden. Nur so ist der Stand unserer Werte gegenüber den auswärtsigen zu verstehen. Während die 4proz. deutsche Rente am 31. August 1908 97,6 stand, fanden Italiener 104,75 (hört! hört!), Spanier 96,95, Türken 96,65, die 2proz. englische Rente 84,50, die 3proz. französische Rente 95,30, die 4proz. deutsche Reichsanleihe 83 Proz. (Lebhafte Hört! Hört!). Die wirtschaftliche Folge dieses Zustandes war ein rasch steigender Zinsfuß, der eine erhebliche Vermehrung der Ausgaben für den Schuldendienst verursachte, Verluste, beklagenswerte Verluste, die die deutschen Anleger an den sinkenden Konsols erlitten, die Einwirkung des steigenden Zinsfußes auf den Reichsbankdiskont und die daraus hervorgehenden Nachteile für Industrie und Handel, die in diesem hohen Maße ja noch eingehend sollen erörtert werden. Ich möchte, Ihre Aufmerksamkeit nur noch auf einige wenige Zahlen lenken. 1897 erzielte das Reich für seine 3proz. Anleihe im Betrage von 32 1/2 Millionen Mark einen Durchschnittsbelegungspreis von 99,30. Seitdem hat das Reich Anleihen zu 3, 3 1/2 und 4 Proz. im Gesamtbetrag von 1782 Millionen Mark begeben, für die es jedoch nur 1866 Millionen Mark erhalten und einen Zinsdienst von jährlich 259 Millionen Mark sich aufgeladen hat. Wäre es dauernd möglich gewesen, den Anleihebedarf durch Begebung 3proz. Obligationen zu dem Kurse des Jahres 1897 zu decken, so hätte bei Erzielung des gleichen Erfolges das Reich einen um 87 1/2 Millionen Mark geringeren Nettobetrag ausgeben müssen und jährlich einen um 8 1/2 Millionen Mark geringeren Zinsdienst gehabt. Ende Oktober 1897 waren an Reichsanleihen zu 3 und 3 1/2 Proz. 3551 Millionen Mark begeben, deren Kurswert sich, nach dem Durchschnittskurs des Augusts berechnet, auf 2450 Millionen Mark stellte. Nach dem Kurs vom 31. August 1908 war der Kurswert dieser Reichsanleihen auf 2796 1/2 Millionen Mark gesunken, das heißt, infolge der Verschlechterung der Marktlage hatte sich dieser Vermögensbestandteil des deutschen Volkes um 553 1/2 Millionen, also um 11,71 Proz., über 11 Proz., gemindert. Das ist um so bedauerlicher, als diese Käufer der Reichsanleihen,

keine Rentner.

auf eine absolut sichere Anlage ihrer Ersparnisse angewiesen sind. Seit dem Jahre 1896/97 hat für die begebenen Anleihen das Publikum 1697 Millionen Mark zu bezahlen gehabt, während diese Anleihen nach dem Kurse vom 31. August 1908 nur noch einen Kurswert von 1586 1/2 Millionen hatten. Das Publikum hatte also gegenüber dem Erwerbepreise einen Kursverlust von 111 Millionen gleich 6,54 Proz. erlitten.

Die durchschnittliche Verzinsung der englischen Konsols im Jahre 1907 stellte sich auf 2,98 Prozent, die französische Rente auf 3,18 Prozent, die der deutschen dreiprozentigen Reichsanleihe auf 3,57 Prozent. Zu gleicher Zeit war der durchschnittliche Bankdiskont 4,93 Prozent in England, 3,64 Prozent in Frankreich, und 6,03 Prozent in Deutschland. Das sind die Ziffern. Ich brauche nicht zu sagen, wie sehr diese Unterschiede des Zinsfußes auf die Finanzlage des Staates einwirken haben, auf unsere nationale Landwirtschaft und Industrie, wie sehr sie unsere Produktionsbedingungen verteuern und wie sehr sie unsere Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen haben. Die politischen und militärischen Folgen dieser Situation gingen klar genug hervor. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. (Beifall rechts.)

Meine Herren! Ich überlasse es meinem Herrn Nachbar, dem Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, die Ihnen vorgelegten Steuerpläne im einzelnen und im ganzen darzulegen. Die leitenden Gedanken bei der Auswahl der neuen Steuern waren: negativ keine Belastung der notwendigen Lebensbedürfnisse, positiv höhere Besteuerung allgemeiner Genußmittel, neue Abgaben für die Lieferung von Gas, elektrischem Licht, elektrischer Kraft, endlich härtere Besteuerung des Befehles in der Form einer erweiterten Erbschaftsteuer. Die Frage, ob direkte oder indirekte Steuern, stand für uns nicht in erster Linie, denn sie ist überwiegend theoretischer Natur. Was die Anfänger direkter Steuern praktisch erreichen wollen, deutet sich im wesentlichen mit dem, was ich Ihnen als die

härtere Finanzierung des Befehles

bezeichnete. Dazu treten noch erhöhte Wirtschafsbeträge. Meine Herren! Daß das deutsche Volk stark genug ist, neue Lasten zu tragen, daran zweifelt außerhalb unserer Grenzen kein Mensch in der Welt. Wir alle wissen, daß in

Deutschland jährlich über drei Milliarden in Bier, Wein und Branntweinen gezaubert werden, daß wir die billigsten und preiswertesten Gattungen der Welt kaufen. In der Norddeutschen Brauereigenossenschaft entfallen auf den Kopf der Bevölkerung an Ausgaben auf das Bier nur 1,28 Mark, in Großbritannien dagegen 6,51 Mark. (Hört! hört! rechts.) An Branntweinsteuer beträgt die durchschnittliche Belastung auf den Kopf bei uns 2,30 Mark, in Frankreich 6,76 Mark, in den Vereinigten Staaten 6,47 Mark, in Großbritannien 8,30 Mark. Der Tabak endlich ist bei uns mit 1,37 Mark pro Kopf belastet, in Oesterreich dagegen mit 4,73 Mark, in Großbritannien mit 6,28, in Frankreich mit 7,56 Mk. (Hört! hört! rechts.) Unser jährlicher Zuwachs an Nationalvermögen wird auf 3½ bis 4 Milliarden geschätzt, 500 Millionen Mark Sparfünftausendmal vorhanden. 150 Millionen Mark Einlagen bei Genossenschaftsbanken. Die Gesamtsumme der Einlagen der Sparkassen beträgt mehr als 12 Milliarden. Der Wert der Privatdepots bei den Banken steigt jährlich um 400 Millionen Mark.

**Ein solches Land ist nicht arm,** ein solches Land kann sich höhere Vorkünfte fragen, wenn das Ansehen des Landes, wenn unsere Sicherheit es erfordert. Das deutet auch nicht auf Niedergang hin, das sieht nicht nach Bankrott aus. Aber einen moralischen Bankrott erleiden wir, wenn wir nicht wirklich Wandel schaffen und mit der Schuldenerkenntnis brechen. Ein ausgezeichneter Gelehrter, der derzeitige Professor der Freiburger Universität Professor v. Schulze-Gävernitz, hat in diesem Sommer geschrieben: „Die deutsche Finanzwirtschaft beruht nicht auf mangelhafter Steuerfähigkeit, sondern auf mangelnder Steuererwilligkeit“, und was ein anderer ausgezeichnete Gelehrter, mein alter Vönnner, Professor Dr. Adolf Wagner über unsere Steuerfähigkeit gesagt hat, was mich tief über mich selbst nachdenken ließ. (Hört! hört! rechts.) Aber mit der Bewilligung neuer Steuern ist die Finanzreform noch nicht zu Ende. (Sehr richtig! rechts.) Sie ist schlechtlich eine andere nicht minder ernste, nicht minder wichtige Forderung, die sich an das deutsche Volk, an die Regierungen und an das hohe Haus richtet. Ich habe eben dargelegt, wie das Reich in welchem Aufschwung von Problem zu Problem gedrängt, über seine Verhältnisse hinauf hat. Ich kann dasselbe von fast allen deutschen Staaten, von fast allen größeren und kleineren Kommunen sagen. (Hört! hört! rechts.) Sie alle haben im Wettkampf des Fortschrittes eine Aufgabe nach der anderen erledigt, eine Aufgabe nach der anderen aufgenommen für gewiß lauter sehr hübsche, aber gewiß hier und da auch entbehrliche Dinge. (Sehr richtig! rechts.) Zurück links: So wenig, wie das Reich hat sich die einzelne Kommune klargemacht, in welchem Zustand die Hülfung dieser Anleihen allmählich den deutschen Geldmarkt drängen mußte. Die einzelne Anleihe istfen unbedenklich, heute leben wir, daß die Summe aller dieser Anleihen eine Gefahr für die Verfassung des deutschen Geldmarkts bedeutet. Die Gefahr zu überwinden, genügt nicht allein die neuen Steuern, genügt nicht die größte Sparfameit im Reich.

#### Die Gemeinden müssen mithelfen.

Deebahn richt ich auch an die Kommunen von dieser Stelle die Mahnung zur Sparfameit (Hört! hört! links), die Mahnung, nicht über ihren eigenen Interessen das Ganze zu vergessen. Die gleiche Mahnung richtet ich mit demselben Eingangs an jede einzelne Gemeinde. Ich weiß, daß es sehr schwer ist, das Wachstum des nationalen Reichthums beruht nicht allein auf der Steigerung der Einnahmen, es beruht auch auf der Differenz zwischen diesen Einnahmen und dem Verbrauch. Neben dem Mehrerwerb tritt also ein anderer Faktor, die Sparfameit. Wer weniger verdient, aber spart, ist in dieser Beziehung nützlicher für die Nation, als wer viel verdient und viel verbräut. (Sehr gut! rechts.) Ich weiß sehr wohl, daß bei uns viele Milliarden geparkt werden, aber niemand wird mir widersprechen können, wenn ich sage: es kann noch viel mehr geparkt werden. Wir sind reich geworden, wir müssen aber noch viel reicher werden für unsere ganze wirtschaftliche und politische Stellung in der Welt. Von jeder war Reichthum ein Mittel zur Macht, und er wird es mit jedem Jahrzehnt mehr, weil mit jedem Jahrzehnt die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse wichtiger werden für die internationalen Beziehungen, und für die Gruppierung der Völker. Meine Herren! Unterschätzen Sie die Bedeutung dieser Sparfameit nicht. Wenn Sie an meinen Worten zweifeln, so werfen Sie einen Blick auf Frankreich.

Man weiß, an Kapital sind die Franzosen immer noch das reichste Volk der Erde. Ich kenne Frankreich und die Franzosen, ich habe viele Jahre in Frankreich zugebracht. Frankreich verdammt seinen Reichthum seinem geeigneten Boden, dann noch dem Fleiß und der Geschicklichkeit seiner Bewohner, aber am meisten seiner bewundernswürdigen Sparfameit (Sehr richtig!), jener force d'épargne, die jeden Franzosen, jede Französin auszeichnet.

#### Frankreich ist der Bankier der Welt

geworden, die Franzosen sind ein Volk von Rentnern, reich durch die Arbeit des Auslandes, das ihre Kapitalien frucht und ihnen Zinsen zahlt. Was Frankreich durch seine Produktion weniger verdient als wir, das erspart es (Lachen links), das magt es auf durch die Zinsen seiner Expatrien. Ich bin sicher, Bachmann werden diese meine Ausführungen befähigen, werden diese meine mehr allgemein gehaltenen Darlegungen im allgemeinen ergänzen und erweitern können. Alle in unserem Volke, Gelehrte, Priester und Regierung sollten zusammenwirken, um solche Gedanken in unserem Volke zu erhalten. (Lachen b. d. Sopden.) Sie sind nicht alle einverstanden mit meinen Ausführungen, ich kann mir denken, was Sie sich sagen. Sie sagen sich, es sei

ungerecht, dem Volke zuzumuten, daß es seine Lebenshaltung einschränkt. (Sehr richtig! b. d. Sopden.) daß es auf Nützliches verzichtet, daß es sich das kleine Vermögen verlegen solle. Niemand denkt daran, und ich am allerwenigsten, dem kleinen Manne zuzumuten, daß er auf Notwendiges und auch nur auf Nützliches verzichtet solle. Meine Mahnung richtet sich gegen den überflüssigen Luxus, sie richtet sich in erster Linie an die mittleren und höheren Stände, mo mit der Zeit Wohlleben und Luxus zu einer gesellschaftlichen Verpflichtung, zu einem gesellschaftlichem Zwange geworden sind. Die Gesellschaft bringt für manchen den Zwang zu einem Luxus, den er sich gar nicht leisten kann. Er will hinter den Kollegen nicht zurückbleiben und fürchtet sich vor ihrer Mißachtung, er will mit den reicheren Kollegen gleichen Schritt halten. Wie einfach ging es früher zu, das ist lange her. Solchem Luxus begangen wir jetzt gar nicht vorzuziehen oder auch nur überwiegend in mittelständigen Kreisen. (Lachen b. d. Sopden.) Da geht es verhältnismäßig noch am leichtesten zu. (Erneutes Lachen b. d. Sopden.) Gehen Sie in solche Kreise und Sie werden sich wundern, wie beschäden es dort zueht. (Erneutes Lachen b. d. Sopden.) Diese Tatsachen sind gar nicht geeignet, Heiterkeit zu erwecken, das ist ein sehr ernstes Kapitel. (Beifall rechts.) Es ist des deutschen Volkes, es ist seiner kulturellen Größe, es ist seiner geistigen Größe unwürdig, daß solche gesellschaftlichen Sitten oder vielmehr Anstalten, diese soziale Moral, die mehr Amoral ist, hat aufkommen können. Ich hoffe, daß es nur die Begierde ist, sich in einem kleinen Reichthum zu zeigen, die mich dazu hofft, daß der gute Genius unseres Volkes, dem wir vertrauen, uns auch darüber hinweg helfen wird. Diese Aufgabe muß die Nation lösen. Der Regierung sind neue Aufgaben gestellt. Auch die Regierung ist sich wohl bewußt, daß es mit den neuen Steuern allein nicht getan ist.

**Nicht neue Steuern allein genügen,** eine neue Ära der Finanzwirtschaft muß kommen. (Hört! hört! b. d. Sopden.) Damit meine ich nicht nur die notwendige Sparfameit, ich meine nicht nur die Einschränkung im Budget, ich meine nicht nur die Schuldentilgung, deren Nothwendigkeit dieses hohe Haus und die Regierung so oft betont haben. Ich meine vielmehr: In allen Finanzgeschäften der Regierung muß ein neuer Geist eingeziehen. (Leb! Hört! sehr richtig! Heiterkeit und Lachen.) Ich habe Erhebungen darüber veranstaltet, ob der niedrige Kursstand unserer Anleihen nicht auf verbesse- rungsfähige finanzielle Verhältnisse zurückzuführen ist. Ich weiß sehr wohl, daß ein so niedriger Kursstand nicht in einer Weise beschleunigt ist, als ich glaube, daß nicht gehoben werden kann durch verbesserte finanzielle Verhältnisse der Regierung, besonders durch ein zweckmäßigeres Verfahren bei der Regelung unserer Anleihen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß wir hier wie an vielen anderen Stellen kaufmännischer werden arbeiten müssen. (Lebhaftes Zustimmung.)

Meine Herren! Das deutsche Volk steht vor einer großen moralischen Aufgabe. Diese Aufgabe ist vielleicht unheimlicher als viele andere, aber nützlicher. Vergessen Sie nicht, daß die Weltgeschichte immer mehr zu einer Geschichte der finanziellen Beziehungen und Transaktionen wird, daß immer mehr die Macht eines Staates besteht in seiner Weisheit, sich wirtschaftliche Leistungen zu verschaffen, wenn wir vor neuen Steuern zurückzudenken, oder, was genau auf dasselbe herauskommt, wenn wir uns über die neuen Steuern nicht einigen, wenn wir die Anleihenwirtschaft forsieren, wenn alles beim Alten bleibt, so gefährden wir unser Ansehen, unsere Sicherheit, unsern Frieden. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Ja, wohl, wir gefährden unseren Frieden, denn die finanzielle Bereitschaft ist gerade so wichtig wie die militärische (Sehr richtig! rechts), und die eine vernachlässigen, kann ebenso verhängnisvolle Folgen haben, wie die andere außer Acht lassen. Raum heißt es: „Neue Steuern sind nötig! so erhebt der Sabakinteressen, der Spiritusinteressen, der Brauer, der Bauherr, der Kapitalist, kurz Interessenten von allen Seiten und rufen:

#### Selliger Florian,

verschon' mein Haus, zünd' andere an! (Zustimmung rechts. Lachen links.) Ja wohl, sie erscheinen alle auf dem Plan. Solche Festnahmen kann die Nation nicht brauchen. Wir müssen alle mithelfen, alle Bundesstaaten, alle Parteien. Das ist ein großes Reiches ist fest zu sein und wohl geordnet. Jetzt heißt es die Baugelder abtragen, die Hypotheken regeln, einen geordneten Haushalt durch erhöhte Beiträge der Bewohner für die Zukunft sichern. Es ist keine Zeit zu verlieren, es ist auch keine Zeit zu Mürgeln und Lamentieren. Die verbündeten Regierungen sind der festen Zuversicht, daß dieses hohe Haus die Dringlichkeit und die Größe dieser Aufgabe erkennen wird; die verbündeten Regierungen sind der festen Zuversicht, daß die Vertreter der Nation diese Aufgaben zu lösen werden, wie es einen starken, friedlich vorwärtsstrebenden und großen Volkes würdig ist. (Schwacher Beifall rechts, noch schwächeres Zischen links; stärkerer Beifall rechts, stärkeres Zischen links.)

#### Schatzkanzler Dr. Sydow:

Die Finanzreform hat drei Ziele: Schuldentilgung und Einschränkung der Anleihenwirtschaft, Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reiches, und Schenkung eines gefunden Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten. Neben den neuen Grundrissen für Schuldentilgung und Amortisierung der neuen Anleihen, je nach ihrer Bestimmung für verbundene und nicht verbundene Zwecke, sollen die Vorhülle an die Berufsge nossenschaften befestigt werden, eben die gefundenen Matrularbeiträge. Die zweite Aufgabe der Finanzreform erfordert Sparfameit; aber dabei ist auch die Mittelfe des Reichstaates erforderlich. Der Schatzkanzler sagt die in der Hauptfache bekannten Einzelhiffen in Einnahmen und Ausgaben auf, aus denen sich der Fehlbetrag des nächsten Jahres zusammenstellt. Nach den neuesten Berechnungen stellt er sich auf 282 Millionen im Jahre 1909 bis 457 Millionen im Jahre 1913. Den Erlös der gefundenen Matrularbeiträge, zusammen 202 Millionen, hat man als ein Geschenk des Reichs an die verbundenen Regierungen bezeichnet, aber zu Unrecht; die Einzelstaaten haben sie übernommen nur in der Voraussetzung, daß sie durch Abschreibung oder durch neue Steuern außer Kraft gesetzt würden. Die ihnen zugestehende Deckung muß ihnen nach, daß im Reich, Einzelstaaten und Kommunen zusammen 1551 Millionen Mark direkte Steuern erhoben werden, rechnet man die kirchlichen dazu, sogar 1610 Millionen oder 25,9 Mr. pro Kopf. Dagegen an indirekten Steuern nur 1446 Millionen oder 22,2 Mr. pro Kopf. Damit widerlegt sich die Annahme, als ob die Steuerlast in Deutschland vorwiegend eine indirekte sei. Aber nach der Meinung der verbundenen Regierungen verlangt es die ausgleichende Gerechtigkeit, daß — zum Ausgleich der neuen Steuern auf den Verbrauch — auch der

Verbrauch getroffen werden müsse. Denn es ist zweifellos, daß die notwendigen Verbrauchsartikel unter den Ausgaben der unbedeutenden Schichten einen viel größeren Prozentsatz bilden, als dies bei den bemittelten der Fall ist. Auf eine weitere Entlastung des Mittelverbrauchs kann jedoch nicht verzichtet werden. Auf einzelnen Steuervorlagen eingehend, wendet sich der Schatzkanzler zunächst zur Branntweinsteuer. Diese Steuer ist die Verheißung ist nicht mehr zeitgemäß und habe einen großen Theil der früheren Berechtigung verloren, seitdem durch die Wirksamkeit der Spiritus-Zentrale die Spirituspreise nicht unerheblich gesunken seien. Das Zwischenhandels-Monopol bei den Branntweinen würde, so würde die Verheißung doch in irgend einer Form wieder aufleben. Daß der Tabak mehr blühen könne, habe schon Herr Bismarck ausgesprochen. Für ein Tabakmonopol sei aber die Zeit vorüber, die Abfindungen würden zu umfangreich werden. Daher sei die Verbrauchsabgabe in Form der Verbrauchssteuer gewährt worden. Das Weissen des armen Mannes soll nicht bestraft werden. Die beständete Verheißung der Produktion zwischen Nord- und Süddeutschland wird eben wenig eintreten wie nach der letzten Tabaksteuer. Die ganze Verheißung hat in 20 Jahren nur 7 Proz. betragen. Dazu kommt ein Ausstieg der Arbeitslöhne. Und besonders werden die Voraussetzungen gewahrt durch die Erfahrungen mit der Zigarettensteuer. Wären die Konsum zurückgegangen noch sind die kleinen Betriebszweige, noch sind Tausende von Arbeitern brotlos geworden — im Gegentheil. Minderungen der Steuer sind immer in den Quantitäten verbunden, die müssen ertragen werden. In irgend einer Form muß der Tabak zu den Einnahmen des Reichs beitragen, und die Form der Verbrauchssteuer halten die verbundenen Regierungen für die beste und erträglichste.

Auch das Bier. Das ist bekanntlich das Nationalgetränk des Deutschen. Der jährliche Verbrauch wird auf 24 Milliarden geschätzt. Man hat die bisherige Form der Staffelform geändert, um eine Abminderung der Steuer auf die Kommunen zu verhindern. Das war ein Fehler. Die Folge war ein Krieg aller gegen alle, der großen gegen die kleinen. Die Industrie hat die Veranlassung zur Abminderung, weil ihre Produktionskosten durch Erhöhung der Getreidepreise und der Arbeitslöhne erheblich gelitten sind. Eine Brausteuer, die einen Mehrertrag von 100 Millionen bringen soll, muß die Abminderung ermöglichen. Gegen eine unbillige Abminderung weiß sich das Publikum schon sehr energig zu wehren.

Die Weinsteuern. Dadurch, daß sie auf den Flaschenwein beschränkt sind, wird sie im wesentlichen nur den wohlhabenden Mann treffen. Es ist nicht richtig, daß der Qualitätsweinbau durch sie eine Verminderung erfahren wird. Der Zulauf ist nicht so erheblich, daß der Zrinter, der einen guten Tropfen gewohnt ist, wegen einer Steuer von vielleicht 20 Pfennigen zu einer geringeren Sorte übergehen wird. Die Erfahrungen bei der Schaumweinsteuern haben uns hoch aufgezeigt, daß kein Rückgang im Konsum erfolgt ist. Wollten wir allein das Bier belegen, aber den Wein unberührt lassen, so würden wir uns überdes den Bierwurf zuziehen, daß wir das Getränk des kleinen Mannes belegen und das des wohlhabenden schon nicht.

Die Elektrizitätssteuer sowie auch die Gassteuer ist wohl am lebhaftesten angegriffen worden. Ich betrahte diese Steuer als eine Gemeinbeitragung an den Erträgen der Elektrizität, zu deren Entwicklung das Reich und die Bundesstaaten wesentlich beigetragen haben. Die Steuer ist am so eher erträglich, als fast überall durch den Zukunftsbedarf von Werken eine verbilligte Produktion eintritt. Die Vorlage hat die Befreiung um so mehr für zulässig gehalten, als ja auch das Petroleum, das Beleuchtungsmittel des kleinen Mannes, der Steuer unterworfen ist. Daß die Elektrizitäts- und Gassteuer zum Teil auch eine Befreiung von Produktionsmitteln ist, leugne ich nicht. Aber sie ist nach dem Vorlage der Entwurfs so minimal, daß ein schädiger Einfluss auf die Entwicklung nicht zu befürchten ist. An die Wähler einer besonderen Belastung für Süddeutschland, die mehrfach behauptet wurde, weil dort die Abfälle besteht, die Wasserkräfte in Elektrizität umzuwandeln, ist jedenfalls in keiner Weise gedacht worden. Ich werde mich nun zur Frage des Zinses, über welche die Presse sich verstimmt ist, (Heiterkeit.) Ich habe außerordentlich viel Zustimmungserklärungen zu dieser Steuer bekommen und halte sie gerade für eine populäre Steuer. Die Steuer trifft nicht die Presse, sondern die Zinrenten, und diese können sie zufolge des wirtschaftlichen Fortschritts, den sie aus den Zinrenten haben, leicht tragen. An die Presse möchte ich die Bitte richten, bei ihrem Widerstand gegen diese Steuer den eigenen Nutzen hinter das Interesse der Gesamtheit zurückzustellen. Ich werde mich nun zu der Belastung des Bestes, die alle Arten des Bestes treffen soll. Die Einkommensteuer kann für das Reich nicht in Frage kommen, ebenso würde eine Vermögenssteuer zu Kollisionen mit den Bundesstaaten führen, und deshalb bleibt bloß die Nachlasssteuer. Bei ihr ist die Kenntnig, ob auch die Ehegatten und Kinder im Erbfall besteuert werden sollen. Der Entwurf verlangt dies, indem in jedem Erbfall ein günstiger Zusatz zu bilden ist, der einen wirtschaftlichen Vorteil gewährt. Mit der Befreiung des Nachlasses soll auch in der Form eines Zuschlages eine Wehsteuer verbunden werden, die einzige Form, in der die besteuerte Steuer durchführbar ist. Die letztere Form ist die der Erhöhung der Matrularbeiträge und eine feste Begrenzung. Mit dem System der verbundenen Matrularbeiträge muß getroffen werden, wenn es dem Reichshofstaatssekretär möglich sein soll, immer fest den Daumen auf die Waage zu drücken. Wir sind uns des Ernstes unserer Forderungen bewußt, aber das deutsche Volk muß diese Lasten übernehmen, wenn es eine seiner kulturellen Bedeutung entsprechende Stellung behaupten soll. Dazu zwingt uns der kategorische Imperativ einer starken, brennenden, lebensfähigen Vaterlandsliebe.

Daruf verlegt sich das Haus auf Freitag 14 Uhr: Interpellationen über das Unglück auf See bei Reddod. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluf 6 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Ges. und Personalnachrichten.

Das Kronprinzenpaar beendete gestern seinen Aufenthalt in Bad Kronitz bei dem Herzog und der Herzogin Karl Theodor und fuhr im Automobil nach München, von wo am 12 Uhr 35 Min. die Abreise nach Berlin erfolgte.

Wie uns aus Leipzig telegraphisch wird, ist der König von Dänemark dort gestern mit Gelolge eingetroffen.

Aus München wird telegraphisch gemeldet: In Schluf Hohenburg erfolgte gestern die feierliche Ehescheidung nach dem Großherzogin von Luxemburg als Regentin und dem Staatsminister Eshgen, dem Finanzminister Monagan und einer Deputation des Landtages. Hierauf fand Hofball statt.

Megen erneuter Erkrankung des Prinzen Raphael hat das Hofmarshallamt des Fürsten von Thurn und Taxis das

Kronprinzenpaar telegraphisch gebeten, seinen Besuch aufgeben zu wollen.

### Der Wohnungsgeldzuschuß für Halle.

Das neue Besoldungsgehalt der Reichsbeamten Halle reißt sich in die Klasse C des Wohnungsgeldzuschußes ein. Bisher gehörte Halle mit fast sämtlichen Großstädten zur Servistafel II. In dieser Klasse wurden bis jetzt für mittlere Beamte 432 Mk. und für Unterbeamte 270 Mk. gezahlt. Nach dem neuen Gesetze sind diese Sätze auf 650 Mk. bzw. 360 Mk. erhöht worden. Nach Lage des hiesigen Wohnungsmarktes würden diese Sätze als ausreichend zu bezeichnen sein. Dagegen können die für Klasse C in Betracht kommenden Sätze von 540 bzw. 290 Mk. nicht als genügend erachtet werden. Und dies umso mehr, da erst nach zehn Jahren eine Nachprüfung des Gesetzes erfolgen soll. Es ist anzunehmen, daß in den nächsten zehn Jahren eine weitere ganz bedeutende Steigerung der Mietpreise stattfinden wird. Lebensfalls werden in den folgenden vier bis fünf Jahren die Aufwendungen für die Wohnungen die vorgelegenen Sätze bei weitem überschreiten. Gewiß wird für die erste Zeit von einem Teile der Beamten an dem Wohnungsgelde noch etwas erspart werden, obgleich schon jetzt ein sehr hoher Prozentsatz mehr als 540 Mk. für die Wohnung aufwendet. Ein mittlerer Beamter mit Familie muß, will er eine einigermaßen anständige Wohnung haben, heute schon mindestens 550 Mk. anlegen.

Noch trauriger liegen aber die Verhältnisse bei den Unterbeamten. Wer von ihnen bekommt wohl für 290 Mk. eine anständige Familienwohnung? Man verlangt doch von den Beamten (Reichsbeamtengehalt), daß sie „sich der Achtung und des Ansehens ihres Berufes würdig zeigen.“ Dazu gehört unseres Erachtens auch eine menschenwürdige Wohnung. Wenn der Unterbeamte gezwungen ist, sich in Hinterhäuser und Dachwohnungen primitiver Art zu verfrachten, so kann von einer Wahrung des Ansehens keine Rede sein. Der Hinweis erst im vorigen Jahre bei dem Wohnungsgeld der Unterbeamten um 50 Prozent erhöht worden, kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Wohnungsgeldzuschuß für Unterbeamte geradezu käuflich war und auch jetzt in den meisten Fällen nicht annähernd ausreicht. Öffentlich schafft die Volkvertretung wenigstens in einer anderweitigen Zuteilung der Orte zu den Servistafeln einigermaßen Remedur.

Wie wir hören, beabsichtigt der Ortsverein der mittleren Postbeamten mit einer erneuten Petition an den Reichstag heranzutreten, damit Halle in der bisherigen 2. Servistafel verbleibe. Wir hoffen, daß unsere Abgeordneten im Reichs- und Landtag die Forderung unterstützen werden.

### Deutsche Militärbalons in Frankreich.

In jüngster Zeit sind bekanntlich wiederholt deutsche Militärbalons, die in den Reichsländern aufstiegen, genötigt gewesen, auf französischen Boden zu landen. Die Inflation der Balons sind von den französl. Behörden und der Bevölkerung zuvorkommend aufgenommen worden. In der Rücksicht, daß sich trotzdem bei derartigen Landungen unheimliche Zwischenfälle ereignen könnten, hat jedoch, wie eine Berliner Depesche der „Köln. Ztg.“ meldet, die französische Posthaft die Aufmerksamkeit der kaiserlichen Regierung auf die Sache gelenkt. Von den deutschen Militärbehörden sind daraufhin sofort die erforderlichen Maßnahmen angeordnet worden, um das Niedergehen deutscher Balons jenseits der deutschen Grenze tunlichst zu vermeiden.

### Die Tragödie Rühlmann.

In Döbeln hat sich der sächsische Landtagsabgeordnete Oberlandrat Dr. Rühlmann am Dienstag erschossen. Der Selbstmord dürfte in Sachsen viel besprochen werden. Er ist die Folge einer Briefgeschichte, bei der außer Dr. Rühlmann noch der Vizepräsident der zweiten Kammer Gschmeiner Hofrat Dr. Opitz eine Rolle spielte. Dr. Rühlmann hatte mit Dr. Opitz wegen eines von Rühlmann gefundenen und an sich genommenen Briefes an Opitz scharfe Auseinandersetzungen, deren Folge eine Duellforderung auf Pfählen war. Diese wurde jedoch durch Präsident Geheimrat Mehnert verhindert. Obwohl sich alle Beteiligten zum Stillschweigen verpflichtet hatten, wurden von der konservativen Presse Einzelheiten erzählt und ein Disziplinerverfahren gegen Rühlmann eingeleitet. Infolge der furchtbaren Aufregung suchte er eine Heilanstalt auf, doch weichte er seit einigen Tagen bei seiner Familie. Dort hat er sich gestern erschossen. — Von anderer Seite erzählt die „Leipziger Abendzeitung“ zu der „Affäre“:

Obwohl nicht die mindeste Spur vorlag, daß sich Rühlmann auf unfaire Weise in den Besitz des Briefes gesetzt hätte, wurde gegen den unglücklichen Mann von gewisser Seite ein wahres Kessekreben eröffnet. Ganz unheimlich versuchte man den „Herrn Rühlmann“, der doch ein rein politischer war, mit der Berufstätigkeit des Abgeordneten zu verquiden. Kein Mittel wurde unversucht gelassen, um eine Disziplinarentscheidung gegen Rühlmann herbeizuführen und den unglücklichen Mann nicht nur politisch, sondern auch bürgerlich tot zu machen. Es scheint, daß auch der Nationalliberale Parteivorstand dem Drängen von rechts nicht genug Widerstand entgegenzusetzen hat. Vor einigen Tagen konnte man im Döbelner Amtsblatt lesen, daß der Parteivorstand von Rühlmann eine Erklärung verlangt habe. Der Abgeordnete habe versichert, daß er den Brief in seinen Akten gefunden, nicht aber an sich genommen habe. Das war vor ein paar Tagen. Am Montag war eine schwere Dohnmader Rühlmann an einem Spaziergange nieder, am Dienstag folgte der Tod. So ist dieser Mann, der Kräftigen einer, dahingegangen als das Opfer eines ungleichen Kampfes, dessen Streiter es vorzuziehen, ihre Pfeile aus dem süßendenden Duntel zu versenden. Mit großem Schein wird das verworrene Intrigenspiel sächslicher Politik durchleuchtet. Diese Briefgeschichte hat ihren Mann gefüllt, wer wird der neuesten Affäre Schlachtopfer sein...?

### Arbeiterentlassungen.

Die Generaldirektion der württembergischen Staats-eisenbahnen hat, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, an sämtliche Dienststellen eine Verfügung erlassen, nach der Arbeitern, denen infolge Betriebsveränderungen, Ausfällen von Zügen oder aus ähnlichen Gründen gekündigt werden muß, womöglich Gelegenheit geboten werden soll, in anderen Dienststellen unterzukommen.

### Allgemeine Mitteilungen.

Der Bundesrat hat gestern einen großen Teil des Reichs-Etats für 1909 genehmigt.

Auf Befehl des Herrenmeisters des Johanniterordens wird ein Ritterschlag im Jahre 1909 nicht stattfinden.

### Heer und Flotte.

#### Umwandlung militärischer Titel in Oesterreich.

Wie das österreichische Armeeverordnungsblatt berichtet, hat der Kaiser bestimmt, daß die aus der Infanterie hervorgegangenen Generale der dritten Rangklasse die Bezeichnung „General der Infanterie“ und die Radetzkijoffiziersführer Vertreter von jetzt ab die Bezeichnung „Bährnisch“ erhalten sollen.

### Ausland.

#### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Wie unser Depeschendureau aus Paris meldet, wurde in der gestrigen Deputiertenkammer die Diskussion über das Kriegsbudget fortgesetzt. Kriegsminister Picquart bezieht im Hinblick auf die von mehreren Rednern geäußerten Befürchtungen die Kammer über die effizienten Streitkräfte der Kavallerie; diese sei imlande, drei Stunden nach der Mobilisierung an der Ostgrenze zu Pferde zu zeigen.

#### Das Ende des Carlismus.

Während vor einigen Tagen die Tochter Don Carlos' alle Gerüchte, daß der Präsident entgültig auf den spanischen Königsthron verzichte, energisch dementiert hatte, kommt nun folgende Nachricht:

Madrid, 19. Nov. Don Carlos wird feierlich auf den spanischen Thron verzichtet und sich vom politischen Leben zurückzögen. Sein Sohn wird die gleiche Qualifikation anerkennen. Er wird zum Infanten erhoben werden.

Ein traurige und doch imponierende Erscheinung war es; das Königtum ohne Thron des Don Carlos. Seit Jahrzehnten meist der Präsidententzen von Madrid — im beneidlichen Exil und verjagt von hier aus ab und zu die carlistische Bewegung neu zu entfachen. Falls die Meldung von seinem Verzicht sich bewahrheitet, so hätte denn die Herrscherin Zeit auch den starren Sinn dieses königlichen Verzichtbrüders und ewigen Unruhe-Stifters gebeugt. Armer Don Carlos!

#### Der chinesische Thronwechsel und Ausland.

Den Petersburger Wältern zufolge beabsichtigt die russische Regierung im Hinblick auf die Vorgänge in China, wieder ein Bizetönigtum in fernem Osten zu errichten.

Die Durchführung dieses — recht merkwürdig anmutenden — Planes würde eine neue Machtgebirgung Aufstehen im fernem Osten bedeuten und fände sicherlich den sehr energischen Widerpruch Japans. — Es wäre sonderbar, wenn die russische Regierung sich nach dem Schlapfen des Krieges hermits wieder so sehr im Sattel fände, daß sie gesonnen wäre, die Gefahr eines zweiten Nudens heraufzubeschwören.

#### Montenegro greift zu den Waffen.

Wie die „N. Z.“ aus Wien erfährt, werden an die gesamte montenegrinische Bevölkerung Waffen und Munition verteilt. Längs der ganzen montenegrinischen Grenze wurden Schildwachen aufgestellt. In Montenegro herrscht kriegerische Stimmung. Viele Montenegriener sind aus dem Auslande in die Heimat zurückgekehrt. Die österreichischen Einwohner an der Grenze sind jedoch ruhig, und bisher konnten keine bemerkenswerten Vorgänge beobachtet werden.

#### Kleine Tagesnachrichten.

Aus Lahore liegt folgende Reiter-Meldung vor: Die einheitliche mohammedanische Presse empfiehlt der islamitischen Welt, Sympathiebekundungen für die Türkei zu veranstalten und freigelegene Waren zu konfiszieren, und richtet zugleich an die mohammedanischen Imperatoren in Somban und Calcutta die Aufforderung, sich der Bewegung anzuschließen.

### Die Folgen von Raddod.

#### Bergarbeiterdemonstrationen.

In allen Hauptzentren des Ruhrkohlenreviers fanden, wie dem „V. M.“ berichtet wird, zwecks Stellungnahme zur Raddod-Katastrophe am alten Bergarbeiterverbande einberufene Bergarbeiterverammlungen statt, die durchweg einen riesigen Besuch aufzuweisen hatten. Die bedeutendsten dieser Versammlungen, dieselbe im Bochumer Schützenhofe, war von über 7000 Personen besucht.

Reichstagsabgeordneter Hue, der als erster Redner zu Worte kam, erinnerte am Eingang seiner Rede an die frühesten Katastrophen im Ruhrgebiet, die nicht vermieden hätten, die maßgebenden Kreise zu einer wirksamen Ausgestaltung des Bergarbeiterschutzes zu veranlassen. Auch jetzt wieder lügte man die furchtbare Tragik des Geschehnisses durch beschönigende Redensarten zu vertuschen und die Zehnerverwaltung und die Aufsichtsbörden von aller Schuld freizusprechen. Es sei festzuhalten, daß der Wetterstrom ungenügend in der Grube verteilt worden sei. Auch die Verletzung sei ungenügend gewesen. Obwohl man mit einer Temperatur von 30 Grad zu rechnen hatte, habe oft tagelang das Wasser gefeßt. Dafür seien zahlreiche Zeugen vorhanden.

Nach Hue sprachen noch der Landtagsabgeordnete Reinert (Hannover) und der Vorsitzende des alten Verbandes,

### Reichstagsabgeordneter Soappe. Zum Schluß gelangte etne

#### Resolution

einstimmig zur Annahme, in der die bereits bekannten Forderungen der Bergarbeiter zum Ausdruck kommen. U. a. wird in ihr gesagt:

„Somit die bisher von wirklich betriebsunfähigen und faherlässigen Beamten mittelständigen Einzelheiten über die Zustände in dem Unglücksort ein Urteil zu lassen, kann es nur lauten: Die Bergbehörde muß neben der verantwortlichen Bergdirektion auf die Anklagebank.“

### Zum Grubenunglück von Raddod.

#### Die Unteruchung über die Ursachen.

Ein Mitarbeiter eines Berl. Blattes hat den Ministerialdirektor im preuß. Handelsministerium v. Belsen interviewt, der von der preussischen Regierung an den Ort der Grubenkatastrophe von Raddod entsandt war, um eine Unteruchung über die Gründe des Unglücks und über eine eventuelle Verschuldung anzustellen. Herr von Belsen, der inangesehen diese Unteruchung beendet und nach Berlin zurückgekehrt ist, äußerte sich folgendermaßen:

„Es ist selbstverständlich seitens der Beamten des Ministeriums sowie meinerseits während unseres Aufenthaltes nach Möglichkeit recherchiert worden, was Schuld an dem tief-betragsameren Grubenunglück sein kann. Sämtliche besagten Arbeiter und Beamten haben erklärt, daß alles in Ordnung gewesen ist. Es wurden speziell auch die Kleinstmeister, Arbeiter, die mit der Verletzung der Grube sich befassen, befragt. Auch diese sagten aus, daß genug Wasser vorhanden gewesen sei und daß die Verletzung ordnungsgemäß ausgeführt worden wäre. Die im Tag, erhaltenen Behauptungen des Hüers Karl Meyer haben Veranlassung gegeben, daß der Bericht ungenügend an den beteiligten Reiterbeamten gelangt wurde, um zu veranlassen, daß die Staatsanwaltschaft den Hüer sowie die Leute, die die gleichen Behauptungen (mangelnde Verletzung und starken Kohlenhalt) aufstellen, sofort ermitteln. Auch der Reiterbeamte hat ein gleiches zu tun. Diese eingehende Unteruchung wird nun lehren, ob im Betriebe alles in Ordnung war. Die Polizeivorchriften, nachdem sie den Verletzten und die Fürsorge in den Gruben beiseite, umfallen bekanntlich einen ganzen Band. Richtig ist, daß ein Beamter, der die Grube kurze Zeit vor der Katastrophe untersucht hat, nichts zu erinnern fand. Wenn er natürlich jede Einzelheit in den entfalteten polizeilichen Berichten in der Tiefe geprüft hätte, so würde dies allerdings ca. 8 Tage in Anspruch genommen haben. Es konnte sich somit nur um die wesentlichen Punkte handeln. Dem Kaiser ist ein am Sonntag im Ministerium ausgearbeiteter Immediatbericht gegangen.“

Das Klingt allerdings ganz anders, als es nach den Stimmen, die bisher verlauteten, anzunehmen war. Und man muß in der Tat ja auch damit rechnen, schreiben die „N. Z.“, daß in der ersten Erregung infolge einer solchen Katastrophe allerlei Gerüchte einen günstigen Boden finden, deren Haltlosigkeit sich später herausstellt. An der Unparteilichkeit der Untersuchungskommission kann doch fraglich nicht gewappelt werden, zumal sich auch Arbeiter und Beamte, nachdem sie der öffentlichen Unteruchung vollkommen dekt. Es scheint also doch, daß der Grund der Katastrophe anderswo zu suchen ist, als in einer Nachlässigkeit der Verwaltung in der Befolgung der Schutzvorschriften. Natürlich hindert das nicht, trotzdem weitere Garantien zu fordern, die noch mehr Sicherheit geben, daß in Zukunft solche Katastrophen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden.

### Kunst und Wissenschaft.

#### Hochschulnachrichten.

Der ordentliche Professor für darstellende Geometrie an der Dresdener Technischen Hochschule Professor Dr. Dinkel hat einen Ruf an die Technische Hochschule in Karlsruhe als Nachfolger des Geheimrats Dr. Schur erhalten und angenommen. Professor Dr. Dinkel wird Ostern 1909 sein neues Amt antreten. — Universitätsprofessor Hofrat Dr. Klein schmidt, der Vorsteher der Herzoglichen Bibliothek in Döbeln, tritt aus Gesundheitsrücksichten am 1. April in den erbetenen Ruhestand. Hofrat Dr. Klein schmidt hat sich herausgegeben von wissenschaftlich geordneten Verzeichnissen über die in der Herzoglichen Bibliothek vorhandenen Bücher um dieselbe sehr verdient gemacht. — Geh. Reg. Rat Prof. Dr. S. Herzer, der noch bis zum vorigen Jahre dem Lehrkörper der Berliner Technischen Hochschule angehörte, ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Dr. Herzer ist Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften an der Berliner Universität, erhielt den Professorentitel. Die Münchener Akademie der Wissenschaften hat dem Archäologen Hofrat, den Kaiserlichen Hofmeister, den Kunsthistoriker Niehl, den Philosophen Sommerfeld und den Anatomen Mollner von der Universität München zu ordentlichen Mitgliedern, ferner außer den schon genannten den berühmten Chemiker Sir William Ramsay in London, den Astronomen Sill, Remppert, Ottenhals, Wien, den Kunsthistoriker Venturi-Rom und den Anatomiker Maranus de Bogues-Paris, zu korrespondierenden Mitgliedern gewählt. — Bei der am letzten Sonnabend in Marburg vorgenommenen endgültigen Annahme der Studierenden wurden zum ersten Male mit dem württembergischen Ministerialrat Marquardt im Ministerium des Kultus und Schulwesens wurde die Stelle des Vorstandes der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates übertragen. — Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter an der Universität nachfolgt Dr. W. Hoff in Freiburg i. Br. wird einem Ruf nach Kottolofgen. — Der vom Papst zum Vizepapst der Notia in Rom ernannte o. Professor des Kirchenrechts, Dr. Franz Heinzer, wird im Frühjahr Freiburg verlassen, nachdem ihm schon die Entlassung aus dem Staatsdienst gewährt worden ist.

Hobo Ehrhardt, dem bekannten Rekonstruktor der Hohwignsburg, ist der Titel Professor verliehen worden. — Die gleiche Auszeichnung hat vom Herzog von Oldenburg der Maler Franz Hoffmann v. Fallersleben junior in Teglich erhalten.

Thudis bleibt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Die Nachricht, daß der Direktor der Nationalgalerie, Geh. Regierungsrat Dr. v. Thudis aus seiner Stellung scheidet, ist falsch. Geheimrat v. Thudis wird, wie wir hören, nach Ablauf seines Urlaubs auf seinen Posten zurückzukehren. Hiermit entfallen auch alle Nachrichten über die Person seines Nachfolgers.



